

sozialdemokratischer pressediens

P/XXVII/158

18. August 1972

Die Bilanz ist positiv

Bundesregierung erbrachte große Leistungen
auf dem Gebiet der Bildungspolitik

Seite 1 und 2 / 74 Zeilen

Westberlin und die Bahz-Kohl-Verhandlungen

Schon der erste Schritt zu einem vernünftigen
Kompromiß?

Seite 3 / 52 Zeilen

Bundeswehr darf nicht mitkämpfen

Eine unverstündliche und nicht zu
fremde Entscheidung

Von Horst Seefeld MdB
Mitglied des Bundestagsverkehrsausschusses

Seite 4 und 5 / 76 Zeilen

Ausgestanden

Keine SPD-Bundestagskandidatur für Prof.
Dr. Karl Schiller

Seite 6 / 34 Zeilen

Die Bilanz ist positiv

Bundesregierung erbrachte große Leistungen auf dem
Gebiet der Bildungspolitik

Die CDU/CSU ergeht sich neuerdings in der Hoffnung, die SPD scheue die öffentliche Auseinandersetzung über Bildungspolitik im Wahlkampf. Zu dieser Hoffnung besteht kein Anlaß. Dafür gibt es mehrere Gründe.

Bildungspolitik ist Gesellschaftspolitik: In Kindergärten, Schulen und Hochschulen wird über die Zukunft dieser Gesellschaft entschieden. In ihrer langen Geschichte hat die SPD mit Ausdauer und Energie für mehr Gerechtigkeit, für mehr Freiheit gekämpft. Ihr "Modell für ein demokratisches Bildungswesen" macht deutlich, was das für die Erneuerung von Kindergärten, Schulen und Hochschulen in den 70er Jahren konkret heißt. Die SPD würde sich selber untreu, wenn sie sich dem Wähler im kommenden Wahlkampf ohne Programm für diesen Bereich präsentierte, der von Bundeskanzler Willy Brandt beileibe nicht ohne Grund "an die Spitze der Reformer" gestellt wurde. Die SPD ist keine CDU mit anderen Mitteln. Der Wähler wird über Alternativen entscheiden, nicht über "etwas mehr" oder "etwas weniger".

In der Bildungspolitik ist diese Bundesregierung mit einem hohen Anspruch angetreten. Sie hat das, was sie versprochen hat, erfüllt - mit der Ausnahme des nicht verabschiedeten Hochschulrahmengesetzes. Sie hat dazu zwar sehr schnell einen Gesetzentwurf vorgelegt, womit die Regierungserklärung auch in diesem Punkt im Wortlaut erfüllt war. Aber sie hatte natürlich die Absicht, das Gesetz auch in Kraft treten zu lassen.

Die CDU/CSU ist in letzter Zeit nicht müde geworden zu betonen, sie werde dem Gesetz nicht zustimmen: Das muß man zur Kenntnis nehmen. Die sozialliberale Koalition muß - auch nach den Bundestagswahlen - mit einer konservativen Mehrheit im Bundesrat

leben. Der CDU/CSU sei zugestanden, daß sie das Hochschulrahmengesetz nach der Verfassungslage verhindern kann. Sie hat die Macht dazu - leider. Und sie nutzt ihre Position. Die Verantwortung ist damit klar. Für ein Triumphgeschrei der CDU/CSU besteht allerdings kein Grund: Das Gesetz ist bitter nötig. Es zu verhindern, ist ein trauriger "Erfolg": So nicht, noch nicht, liegenlassen.

Die Regierung Brandt/Scheel hat wirklich keinen Anlaß, sich ihrer Leistungen in der Bildungspolitik zu schämen. Die Bilanz ist positiv - schwach ausgedrückt: Das Gerüst für den Umbau des Bildungswesens steht - einheitliche Ausbildungsförderung für Schüler, Studenten und Arbeitnehmer, die Bildung nachholen wollen - die Ausbildungsordnungen für die berufliche Bildung werden ent-rümpelt - der Ausbau der Hochschulen wird endlich energisch voran-getrieben. Das sind nur Beispiele.

Die Regierung hat, das sei zugegeben, ein taktisches Problem: Das sind die langen Fristen vom Plan, von der ersten Initiative, bis zur Wirklichkeit. Wer mehr Lehrer haben will, braucht erst mehr Abiturienten, muß Studienplätze bauen, Hochschullehrer aus-bilden, neue Schulräume errichten, in denen die neuen Lehrer arbei-ten können. Drei Jahre reichen da nicht aus.

Wissenschaftsminister Klaus von Dohnanyi hat die Lage der Bundesregierung mit der eines Bäckers verglichen, vor dessen Laden man Schlange steht und Brot verlangt. Der Bäcker hat es schon im Ofen, aber noch nicht im Laden. Wenn er es jetzt schon aus dem Ofen nähme, wäre den Leuten auch nicht geholfen. In die Wirklich-keit übersetzt: Ab 1975 werden wir zum Beispiel eine spürbare Ver-ringerung des Lehrermangels haben. Das kann man schon heute aus-rechnen - als Ergebnis der großen Anstrengungen beim Ausbau der Hochschulen. Aber heute sind die Lehrer eben noch nicht da. Und das ist die Schwierigkeit.

Die CDU/CSU mag neben vielen anderen auch die Hoffnung hegen, sie werde in der nächsten Legislaturperiode die Früchte der Arbeit der vergangenen drei Jahre einheimen. Allein schon um das zu ver-hindern, wird die SPD die Leistungen in der Bildungspolitik im Wahlkampf verdeutlichen. Es muß klar sein, wer die Verantwortung hat: für das Nichtstun des Bundes bis 1969 - da wurden die Aus-gaben für den Hochschulbau, um nur ein Beispiel zu nennen, noch vermindert - und für die Arbeit danach, die sich in den kommenden Jahren immer stärker auswirken wird.

Und es muß klar sein, daß die Früchte dieser Arbeit zwar sicher gepflückt werden können, daß sie aber verfaulen, wenn sie nur gepflückt werden und sonst nichts geschieht. Auch die Bil-dungspolitik dieser Bundesregierung muß kontinuierlich weiterge-führt werden, wenn die Arbeit endgültig zum Erfolg führen soll. Auch dies dem Wähler deutlich zu machen, wird die SPD im Wahlkampf sicher nicht versäumen.
(ar/ex/18.8.1972/ks)

Westberlin und die Bahr-Kohl-Verhandlungen

Schon der erste Schritt zu einem vernünftigen Kompromiß?

Die Zurückhaltung, mit der Staatssekretär Egon Bahr die Verhandlungsdauer mit seinem Ostberliner Gesprächspartner Dr. Kohl einschätzt, ist bei Verhandlungen mit Ostberlin immer angebracht. Obwohl sich die Gesprächspartner nun schon über 50 Mal zu Erörterungen über die Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten getroffen haben, können bestimmte taktische Varianten Ostberlins, durch die der Fortgang der Verhandlungen beeinträchtigt werden kann, nicht ausgeschlossen werden. Immerhin: Die Gesprächspartner haben eine Vertrauensbasis erreicht, die eine gute Ausgangsposition für die Verhandlungen über einen Grundvertrag ist. Ostberlin scheint das Verhandlungstempo zum gegenwärtigen Zeitpunkt forcieren zu wollen.

Mit einem Seitenblick auf die letzte Krimkonferenz scheint man auch im Ostblock jetzt erkennt zu haben, daß der Fortgang in den innerdeutschen Beziehungen möglicherweise zum Schlüssel punkt der von Moskau gewünschten europäischen Sicherheitskonferenz werden kann. Ohne die Regelung dieses Problems würde die Thematik der europäischen Sicherheitskonferenz von der deutschen Frage überschattet werden. Dies scheint man dem SED-Chef Honecker auf der Krim klargemacht zu haben. Die nahe Zukunft wird nun zeigen, ob und in wieweit die DDR in den Fragen kompromißbereit ist, die für die Bundesregierung unabdingbare Voraussetzung für das Zustandekommen einer vertraglichen Regelung über die Beziehungen der beiden deutschen Staaten zueinander sind. Bonn kann in drei Fragen keiner Fußbreite zurückweichen. Erstens die Zuständigkeit der Vier Mächte für ganz Deutschland, die Frage einer gemeinsamen deutschen Nation und das Offenhalten der Möglichkeit einer späteren Wiedervereinigung. Wenn Ostberlin schon bereit ist, auf den Austausch von Botschaften zwischen Bonn und Ostberlin zu verzichten und die Vorstellung Bonns, nur Bevollmächtigte zwischen beiden deutschen Staaten auszutauschen, zu akzeptieren, dann ist dies vielleicht schon der erste Schritt zu einem vernünftigen Kompromiß. Dennoch - Skepsis erscheint angebracht, denn die politische Wetterlage kann sich im kommunistischen Bereich Europas kurzfristig verändern.

Auch Berlin ist an dem Fortgang der Verhandlungen zwischen Bahr und Kohl brennend interessiert, denn das Vier-Mächte-Abkommen vom 3. Juni dieses Jahres kann nur als der Beginn einer Entwicklung gesehen werden, an deren Ende eine wesentliche Verbesserung der Situation in ganz Deutschland steht. Westberlin ist unmittelbar betroffen und wünscht bei den vertraglichen Abmachungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR einbezogen zu sein. Im Vier-Mächte-Abkommen haben die Sowjetunion, aber auch die DDR zugestimmt, daß Westberlin dem Rechts-, Wirtschafts- und Finanzsystem der Bundesrepublik zugeordnet ist, die Westberliner im Ausland von den Vertretungen der Bundesrepublik konsularisch betreut werden und daß Westberlin bei vertraglichen Abmachungen der Bundesrepublik einbezogen ist. Daraus resultiert, daß die Bundesregierung bei den Verhandlungen mit der DDR auch für Westberlin spricht. Die Einbeziehung Westberlins in die vertraglichen Regelungen zwischen Bonn und Ostberlin ist wichtig, weil diese Stadt bei der Regelung und Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten eine wichtige Rolle spielt.

Karl Heinz Maler

(-/ex/18.8.1972/ks)

Bundeswehr darf nicht mithören!

Eine unverständliche und wirklichkeitsfremde Entscheidung

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Bundestagsverkehrsausschusses

Zu Beginn dieses Jahres sah sich das Testrettungszentrum Ulm, das von der Bundeswehr unterhalten wird und unter der Leitung von Herrn Prof. Dr. Ahnefeld von der Universität Ulm steht, zu einem Hilferuf veranlaßt. Der Grund: das Innenministerium des Landes Baden-Württemberg hat den Mitarbeitern des Testrettungszentrums untersagt den Polizeifunk abzuhören. Ein solches Mithören garantiert jedoch schnellen und sinnvollen Hubschraubereinsatz. Zu dieser Erkenntnis war nicht nur Herr Prof. Dr. Ahnefeld, der zugleich auch Chefarzt des Bundeswehrkrankenhauses in Ulm ist, gekommen, sondern sie wurde ihm auch vom Allgemeinen Deutschen Automobilclub bestätigt. Der ADAC führt schon seit längerer Zeit einen Testversuch mit Hubschraubern mit Unterstützung des Bundesministers für Verkehr durch.

Die ADAC-Fachleute faßten die bislang gemachten Erfahrungen gegenüber den Bundeswehr-Retterern so zusammen: "Die unmittelbare Ankoppelung der Einsatzmannschaft Ihres Testrettungszentrums an die Polizeifunkkanäle des Aktionsraumes ist nach den hiesigen Erfahrungen eine wichtige Grundvoraussetzung für die volle Ausschöpfung der Effizienz der eingesetzten Rettungsmittel". Um so unverständlicher erschien all denen, die sich bislang mit der schnellen Rettung von Unfall- und Notfallpatienten befaßt hatten die Entscheidung des Innenministers in Baden-Württemberg. Mit Recht wurde gefragt, warum denn zu einem Zeitpunkt, wo in Bayern gute Erfahrungen gemacht wurden, im Nachbarland Baden-Württemberg die Behörden auf stur schalteten. Hinzu kommt, daß jeder weiß, wer als Ganove die Polizei zu fürchten hat, hört den Polizeifunk; wer jedoch von der Bundeswehr zur Treue und Verantwortung gegenüber dem Staat verpflichtet ist, darf - jedenfalls nicht in

Baden-Württemberg - den Polizeifunk mit abhören.

Aufgrund dieser Sachlage habe ich mich im Februar 1972 an den Innenminister des Landes Baden-Württemberg gewandt. Ich habe darauf hingewiesen, daß es sich bei den Mitarbeitern des Testrettungszentrums in Ulm um hervorragend qualifizierte Soldaten handelt und daß es mir geradezu unverständlich erscheint, daß der Polizeifunk in Baden-Württemberg offensichtlich geheimer ist als der in Bayern. Zum anderen wies ich darauf hin, daß bei Gesprächen mit Verantwortlichen der Bonner Hardthöhe, die in Antworten auf Fragen im Deutschen Bundestag auch bestätigt wurden, klar und deutlich zum Ausdruck kam, daß die Bundeswehr Versuche über die Integration des Sanitätsdienstes in den Unfallrettungsdienst anstellt.

Die Antwort aus Stuttgart war allerdings negativ. "Gegen ein ständiges Mithören des Polizeifunks", so der Innenminister in Stuttgart, "durch Hilfsorganisationen bestehen erhebliche Bedenken". Immerhin wollte das Innenministerium Baden-Württemberg mein Schreiben zum Anlaß nehmen, um die Frage des ständigen Mithörens des Polizeifunks durch Dritte, bzw. durch das Testrettungszentrum der Bundeswehr in Ulm, im Benehmen mit den anderen Bundesländern auf einer Tagung der Fernmeldereferenten der Polizei des Bundes und der Länder prüfen zu lassen. Nachdem die Baden-Württemberger eine Abklärung unter allen Bundesländern in Verbindung mit dem Bund herbeiführen wollten, war für mich, der Bundesminister des Innern die nächste Station. Herr Minister Genscher hat mir jetzt mitgeteilt, daß die Fernmeldereferenten der Länder in der Tat inzwischen eine Absprache über das Abhören des Polizeifunks für Zwecke des Rettungswesens getroffen haben. Die Teilnehmer dieser Tagung haben sich gegen ein solches Abhören ausgesprochen.

Minister Genscher erklärte mir gegenüber dazu wörtlich: "Einerartige Beschränkung der Möglichkeiten zur schnellen Hilfeleistung im Rettungswesen halte auch ich nicht für akzeptabel. Ich werde mich deshalb nachdrücklich dafür einsetzen, daß die im Katastrophenschutz und Rettungswesen eingesetzten Hilfsorganisationen die Abhörmöglichkeit behalten, bzw. zurückerlangen". Der Minister erklärte weiter: "Angesichts der Tatsache, daß die medizinische Erstversorgung eines Notfallpatienten innerhalb kürzester Zeit erfolgen muß, wenn sie erfolgreich sein soll, und das Mithören des Polizeifunks daher erhebliche Bedeutung hat, hoffe ich, daß die Bemühungen um eine akzeptable Lösung erfolgreich sein werden". Dem ist nichts hinzuzufügen.

Die zuständigen Minister in unseren Bundesländern sollten ihre Fernmeldereferenten "zurückpfeifen", denn deren Entscheidung ist nicht zu vertreten und wirklichkeitsfremd. Unser Rettungswesen in der Bundesrepublik Deutschland kann nur dann gerettet werden, wenn alle bereits bestehenden optimalen Möglichkeiten voll ausgenutzt und koordiniert eingesetzt werden. Das darf nicht an den Fernmeldereferenten der einzelnen Bundesländer scheitern.

(- / ex / 18.8.1972 / ks)

Ausgestanden

Keine SPD-Bundestagskandidatur für Prof. Dr. Karl Schiller

Der frühere und freiwillig zurückgetretene Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen, Prof. Dr. Karl Schiller, hat viele Wochen lang die Gemüter in der Bundesrepublik und weit darüber hinaus erregt, die Phantasie angeheizt, so manche Schlagzeilen in den Zeitungen verursacht und Freunde und Gegner ein Rätsel aufgegeben. Nun sind die Würfel gefallen. Prof. Dr. Karl Schiller hat nicht die Absicht, für die SPD wieder zu kandidieren. Er hätte nach allem, was in den letzten Wochen geschehen ist, auch keine Kandidatur von der SPD mehr angeboten bekommen.

Dieser hochintelligente und auch hochverdiente Mann stand einst auf einem hohen Sockel, den er selbst zerstörte. Sein Fall ist eine politische und menschliche Tragödie, die er selbst bewirkte. Aber auch das muß gesagt werden, daß seine Verdienste als Wirtschaftsminister unbestritten bleiben. An seinen Namen knüpft sich die erfolgreiche Bekämpfung der Rezession in den mitsechziger Jahren und damit die Beseitigung der Furcht von Millionen Menschen vor Arbeitslosigkeit und Not.

Prof. Dr. Karl Schiller kam zuletzt mit sich selbst und seiner Partei nicht mehr zurecht. Er entwickelte sich zu einem selbstgerechten Einzelgänger, was nicht ohne Folgen bleiben konnte. Die Ursachen liegen wohl in tiefen psychologischen Bereichen. Die Isolierung von seinen ehemaligen politischen Freunden hat er sich selbst zuzuschreiben. Wird er neue finden? Das ist sein Problem.

Für die deutsche Sozialdemokratie ist der Fall Schiller, der so viele verwirrte und irritierte, Unruhe und Bestürzung in ihren Reihen auslöste und bei den politischen Gegnern viele Hoffnungen und Spekulationen erweckte, nun ausgestanden. Jetzt gilt es sich mehr denn je auf die Wurzeln ihrer Kraft zu besinnen, die Geschlossenheit, Solidarität und Einheit der politischen Aktion heißen. Die SPD steht mit den kommenden Bundestagswahlen vor einem der schwersten Kämpfe in ihrer wechselvollen Geschichte. Sie braucht alle Kraft und alle Energie, um sie erfolgreich zu führen. Sie hat alle Aussicht, nun von der Belastung gelöst, die Schiller in den letzten Wochen für sie war, diesen Kampf gut zu bestehen. (ae/ex/18.8.1972/ks)